Enztal-Bote.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. :: Bezugspreis Mk. 3.30 vierteljährl., Mk. 1.10 monatl.; durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr Mk. 3.30, im sonstig. inländ. Verkehr Mk. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspalt. Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeilen 60 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. Gack. Fernsprecher 33.

Jahrgang 53 | Anzeigenannahme: In Wildbad: Wilhelmstraße 99 | Montag, den 12. Juli 1919 | Anzeigenannahme: In Calmbach: Hauptstraße 109 | Nr. 159

Tagesschau.

In der vorgestrigen Sitzung des Friedensausschusses der Kammer berichtete Dubois über die Wiedergutmachungsklauseln des Friedensvertrags mit Deutschland. Er berechnet die Schadenssumme, welche Deutschland bezahlen muß, auf 200 Milliarden.

*

Die italienische Forderung um Ueberlassung der österreichischen Rechte in Tientsin an Italien ist nach einer Meldung des Corriere della Sera abgelehnt worden. Das Gebiet soll an China zurückgegeben werden.

*

Der Dampfer „Reschid Rascha", mit einer größeren Anzahl aus Saloniki heimkehrender Truppen an Bord, ist im Emdener Außenhafen angekommen.

*

Nach einem Telegramm des Pariser Mitarbeiters des „Allgemeen Handelsbl." sind in dem österreichischen Friedensvertrag, der am Freitag überreicht werden wird, die auf Italien bezüglichen politischen Bestimmungen noch immer nicht enthalten.

*

Gestern wurde, wie die Blätter melden, in London mit großem Pomp das Siegesfest gefeiert. Eine ungeheure Menschenmenge beobachtete den Marsch der alliierten Truppen, die unter der Führung von Haigh, Beatthy, Pershing und Foch in die Stadt einzogen.

Italiens Niederlage im Weltkrieg

Vor kurzem hat General Ludendorff dem Berliner Vertreter des „Corriere della Sera", Sacchi, eine Unterredung gewährt, die sich im Kern um die Rolle Italiens im Weltkrieg drehte. Der General hat dabei über die Bedeutung des militärischen Eingreifens, wie auch über die völlig negative Bilanz des Kriegs für Italien folgende Ausführungen gemacht:

Frage: Was halten Euer Exzellenz von der Wirkung der Rolle Italiens im Weltkrieg?

Antwort: Italien hat uns militärisch zweifellos vom ersten Kriegstag an ungemein schwer geschadet und eine Entscheidung im deutschen Sinne gehindert. Wir hatten mit einem Bundesgenossen gerechnet, der zu uns, nicht zu dem wir gekommen waren, und seit 1882, also mehr als 30 Jahre, mit uns im Bündnis stand. Statt dessen ermöglichte Italien schon in den entscheidenden ersten Kriegswochen dem Franzosen die Einsetzung seiner Alpenkorps in der Marneschlacht. Es stellte sich, als wir zum entscheidenden Schlage gegen die Russen ausholten, offen auf die Seite unserer Feinde. Deutschland, das Italien weder um Tunis gebracht, noch um Tripolis beneidet hat, bekam die Quittung für 1866. Rußland brach, wenn auch später, trotzdem zusammen, Rumänien wurde niedergekämpft, Serbien überrannt, der Weg nach Konstantinopel und Saloniki erzwungen und auch im Westen hat Italien für uns trotz der außerordentlichen Opfer, die es brachte, kaum eine bedeutende Rolle gespielt; die Amerikaner und Bolschewisten waren uns im Sommer 1918 gefährlicher als die Italiener. Die Schlacht vom 14. Oktober bis 2. November 1918 fegte die österreichische Armee weg und nahm uns den Verbündeten. Wie sie weiter eingewirkt haben würden, lasse ich dahingestellt.

Frage: Wie stellen sich Euer Exzellenz die Zukunft Europas vor?

Antwort: Ich habe Ihnen schon gesagt, daß ich heute nur Privatmann bin. Bleiben wir bei der Geschichte. Ich finde, daß die meisten aller wirklich großen Weltentscheidungen bisher um die Herrschaft am Mittelmeer gefallen sind. Was trieb die Perser an Klein-Asiens und Griechenlands Küste? Was zwang Rom zum Kampf auf Leben und Tod mit Karthago? Was trieb wieder und immer wieder die Germanen nach dem Mittelmeerufer und ließ sie, an der Mittelländischen Küste entlang, bis an die afrikanischen Gestade wandern, alles vor sich niederzwingend? Was hat verhindert, daß an diesem Meer für ein Rom und ein Byzanz zugleich Raum war? Warum schob sich der Islam am Saum dieser See entlang? Was hat das mittelalterliche Kaisertum der Deutschen ruiniert? Die Hypnose des Mittelmeers. Woran ging letzten Endes Napoleons Herrschaft zugrunde? An seinem ums Mittelmeer sich spannenden Orienttraum, der ihn als Jüngling schon nach Aegypten drängte, in Todfeindschaft mit England brachte, in Tilsit und noch auf St. Helena beschäftigte. Was hat seit den Tagen Katharinas II. im Mittelpunkt der politischen Russensehnsucht gestanden und ein Jahrhundert lang die ganze europäische Politik beherrscht? Rußlands Drang nach Konstantinopel und dem Mittelmeer. Und was hat das nach Weltherrschaft strebende England mit jedem Mittel zu verhindern versucht? Warum hat es sich in Gibraltar, Malta, Cypern, dem Suezkanal, der Straße von Aden, schließlich in Aegypten die stärkste Etappenstraße der Welt und die maritime Beherrschung des Mittelmeers gesichert? Damit der Russe nicht in diese Welt komme. Bismarck hat schon 1866 an den italienischen Staatsmann Mazzini geschrieben: „Italien und Frankreich können sich nicht zu beiderseitigem Vorteil über das Mittelmeer verständigen. Das Mittelmeer ist nicht eine unter Verwandten teilbare Erbschaft. Die Herrschaft im Mittelmeer gehört unzweifelhaft an Italien, das an ihm doppelt so ausgedehnte Küsten hat wie Frankreich. Marseille und Toulon können nicht in Vergleich gestellt werden mit Genua, Livorno, Neapel, Palermo, Ancona, Venedig und Triest. Die Beherrschung Mediterraniens muß der ständige Gedanke Italiens sein, der Zielpunkt seiner Minister, die Grundidee des Kabinetts von Florenz." Dachten Ihre Gioberti, Mazzini, Cavour anders? Und sind Sie heute diesem Ziel näher als 1915 oder ferner? Solange Sie der Verbündete eines mächtigen Deutschlands und Oesterreichs waren und die beiden Länder für Ihre Mittelmeerpolitik hinter sich hatten, standen Sie für Frankreich und England hoch in Gunst und Preis; heute, nach dem Wegfall dieser Mächte: Was sind Sie? Ein Konkurrent.

Sie und Oesterreich waren es in gewissem Sinne leider vor dem Kriege auch. Ich hätte gewünscht, daß dies nicht der Fall gewesen wäre, und daß beide Staaten die gemeinsamen Interessen verfolgt hätten. Leider hat auch Deutschland nicht darauf gedrungen. Jedenfalls war die Konkurrenz Oesterreichs nicht so empfindlich, wie jetzt das Uebergewicht von Frankreich und England im Mittelmeer. Meine Ueberzeugung ist: Nicht nur wir und Oesterreich, der gesamte Dreibund hat diesen Krieg verloren, und der Wiederaufbau Deutschlands wird auch zur Existenzfrage für Italien.

Die Entschädigung der Heeresangehörigen.

Der Deutschen Nationalversammlung sind die Entwürfe eines Gesetzes für die Entschädigung der Offiziere, die gezwungen sind, auf Grund der Verminderung der Heeresmacht aus dem Heeresdienst, der Marine und der Schutztruppe auszuscheiden, und ebenso eines Gesetzes für die Unteroffiziere und Gemeinen, soweit sie Kapitulanten sind, zugegangen.

Für eine angemessene Uebergangszeit sollen die ausscheidenden Offiziere wirtschaftlich den Wartegeldempfängern im wesentlichen gleichgestellt werden.

Im wesentlichen sehen die Gesetzentwürfe folgende Entschädigungen vor:

Für die Kapitulanten: a) für Kapitulanten nach einer aktiven Dienstzeit von mindestens 12 Jahren eine laufende monatliche Entschädigung auf die Dauer von 2 Jahren, für Kapitulanten mit einer geringeren Dienstzeit auf die Dauer eines Jahres. Die monatliche Entschädigung beträgt für Verheiratete 300 Mk., für Unverheiratete 200 Mk; b) ferner für alle Kapitulanten einen einmaligen Betrag von 300 Mk. zur Beschaffung und Unterhaltung ihrer Kleidung; c) Kapitulanten von 7 bis 11 Dienstjahren erhalten eine einmalige Geldentschädigung und zwar mit vollendetem 7. Dienstjahr 1000 Mk., für jedes weitere vollendete Dienstjahr je 400 Mk.; d) die Geldempfangenden Kapitulanten können außerdem auf Antrag für die Dauer des Bedürfnisses neben der in § 1 Abs. 3 des Mannschaftsversorgungsgesetzes vorgesehenen Dienstzeitrente einen Zuschuß bis zur Erreichung der vollen Rente gemäß § 10 Abs. 1 des Gesetzes erhalten.

Für Offiziere: a) Offiziere unter 10 Dienstjahren (die Dienstzeit wird nach den Vorschriften des Offizierspensionsgesetzes berechnet) erhalten auf die Dauer eines Jahres die Gebührnisse, die sie als aktive Offiziere im Falle einer vorübergehenden Beurlaubung erhalten können; b) alle übrigen Offiziere mit dem pensionsfähigen Diensteinkommen bis zum Brigadekommandeur ausschließlich aufwärts erhalten, vorausgesetzt, daß sie vor dem Kriege mit der Absicht, die Offizierslaufbahn einzuschlagen, aktiven Dienst getan haben oder vor dem Kriege Kapitulanten gewesen sind, Uebergangsgebührnisse und zwar Verheiratete auf die Dauer von 5, Unverheiratete auf die Dauer von 3 Jahren. Die Uebergangsgebührnisse betragen drei Viertel des bei Berechnung der Pension zu Grunde liegenden Diensteinkommens. Teuerungszulagen können während dieser Zeit für aktive Offiziere gezahlt werden. Im Anschluß an die Uebergangszeit werden sie pensioniert; c) Offiziere mit dem pensionsfähigen Diensteinkommen eines Brigadekommandeurs einschließlich aufwärts, werden pensioniert.

Das Gesetz soll am 1. August 1919 in Kraft treten und Gültigkeit bis zu dem im Friedensvertrag vorgesehenen Abschluß der Verminderung der Heeresmacht erhalten.

Offiziere und Kapitulanten, die in der Zeit vom 9. November 1918 bis 31. Juli 1919 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind, können auf Antrag nach den Vorschriften der Gesetze entschädigt werden.

Offiziere und Kapitulanten, denen es erst möglich war, nach dem Abschluß der Verminderung der Wehrmacht aus der Gefangenschaft oder Internierung zurückzukehren, können von der Vergünstigung nicht ausgeschlossen werden.

Ein Eingeständnis des Marschalls Joffre.

In Paris tagt zurzeit unter dem Vorsitz Violettes ein parlamentarischer Ausschuß, der die Bezeichnung: „Commission d'enquête sur la métallurgie" führt und die Aufgabe hat, festzustellen, aus welchem Grunde im ersten Stadium des Krieges das Erzbecken von Briey aufgegeben wurde.

Als wichtigsten Zeugen hat dieser Ausschuß den Marschall Joffre vernommen, und zwar sollte der Marschall, wie Herr Violette ihm erklärte, Auskunft geben „über die Verteidigung von Briey", den Konzentrationsplan im allgemeinen und über die Operationen der dritten Armee im besonderen.

Ueber den Verlauf der Vernehmung des Marschalls Joffre berichtet die „Action Française" (das chauvinistische Parteiorgan der französischen Royalisten) in ihrer Nummer vom 5. Juli d. J. Joffre sagte dabei wörtlich:

„... Englands Eintritt in den Krieg war vorhergesehen. Es bestand eine Militärkonvention mit England, die einen geheimen Charakter hatte. Wir rechneten auf 6 englische Divisionen und auf die Belgier."

Der Marschall Foch gab dann, so fährt der Bericht der „Action Française" fort, Auskunft über die Rolle jeder der Armeen unter seinen Befehlen. Die dritte sollte die Verbindung herstellen, die fünfte entweder auf Metz oder auf Diedenhofen marschieren. Sie sollte sogar die Umzingelung von Metz vorbereiten. Alles war den Ereignissen untergeordnet. Die Pläne nahmen die Invasion Belgiens in Aussicht. („Les Plans envisageaient l'invasion de la Belgique".) Es sollen Maßnahmen getroffen um der Invasion Schritt um Schritt zu folgen....

Hier liegt also aus dem Munde des damaligen obersten französischen Heerführers klipp und klar das Eingeständnis vor, daß Belgien heimlich im Bund war mit Frankreich und niemand anders als Belgien selbst die belgische Neutralität verletzt hat!

Ein moralischer Sieg Deutschlands.

Die „Soziale Praxis" schreibt:

Auch aus den dunkelsten Tiefen wird der Weg wieder zum Lichte führen, und der Geist deutscher Sozialreform, der in der Vergangenheit Großes geschaffen, dem kein anderes Land Gleichwertiges an die Seite zu setzen hatte, wird nicht nur unser armes, unglückliches Volk neu beleben, sondern er wird auch von dem im Weltkampf unterlegenen Deutschland aus siegreich seinen Zug über die Reiche und Länder der Erde antreten. Selbst in der kümmerlichen Organisation des Weltarbeitsrechts, wie sie der Völkerbund bringen soll, liegt ja ein Keim deutschen Ursprungs: die große Idee des internationalen Arbeiterschutzes, der Sozialversicherung, des Arbeitsrechts hat am tiefsten in Deutschland ihre Wurzeln geschlagen und von hier aus übergegriffen auf die Arbeiterschaft der Kulturwelt, bis sich die Regierungen halb widerwillig ihr angepaßt haben. Auch wenn Deutschland jetzt etwa ausgeschlossen bleiben sollte von der Mitarbeit am Weltarbeitsrecht, — daß überhaupt dies Werk in Angriff genommen wird, ist ein geistiger und moralischer Sieg Deutschlands".

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 18. Juli.

Der Nationalversammlung sind vom Senat und Parlament der argentinischen Republik telegraphisch zwar keine Glückwünsche; aber doch Zustimmungserklärungen zum Friedensschluß zugegangen. Argentinien hat, so oft und so stark die Vereinigten Staaten und England auch versuchten, es gleich Brasilien zur Kriegserklärung an Deutschland zu drängen, standhaft sich geweigert, dem Ansinnen stattzugeben. Die Telegramme dürfen wir daher als ehrliche und freundliche Kundgebungen aufnehmen und schätzen und sie werden entsprechende Erwiderung finden.

Die Beratungen der Nationalversammlung galten heute vor allem der Festlegung des Schul- und Kirchenwesens in der Reichsverfassung. Das zwischen dem Zentrum und der Mehrheitssozialdemokratie geschlossene Kompromiß wurde mit den Stimmen dieser beiden Parteien gegen diejenigen der vier anderen Parteien angenommen. Am Montag soll womöglich die zweite Lesung der Ver-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

fassung beendet sein, weil am Dienstag Ministerpräsident Bauer das Regierungprogramm vorlegen soll, woran sich die große politische Aussprache anschließen wird. Voraussichtlich werden die Beratungen der Nationalversammlung über den ganzen Monat August ausgedehnt werden müssen.

Sitzungsbericht.

Das Schulkompromiß.

Die Nachmittagssitzung eröffnet Vizepräsident Haußmann um 4.10 Uhr.

Die Beratung über den Verfassungsentwurf Kapitel „Bildung und Schule" wird fortgesetzt.

Abg. Beuermann (D.V.): Ueber die Kompromißfrage haben alle Redner gesagt, daß durch sie ein Kampf auf dem Schulgebiet entbrennen müßte. Die Regierung erklärte allerdings, daß das Kompromiß den Kampf entgiften würde. Wir aber glauben, daß seine Verschärfung die Folge ist. Wir treten dafür ein, daß die Bekenntnis- und Simultanschule, wie sie geschichtlich begründet ist, erhalten bleibe.

Abg. Kunert (U.S.P.): Wir verlangen volle Einheitlichkeit, Unentgeltlichkeit und Weltlichkeit der Schule. Heute ist die Mehrheitssozialdemokratie drauf und dran dieses Prinzip preis zu geben und die Schule an das Zentrum zu verschachern. (Sehr richtig bei den U.S.P.)

Abg. Philipp (D.natl.Vp.): Das Schulkompromiß ist der Anfang eines neuen Schulkampfes. Auf die Notwendigkeit des staatsbürgerlichen Unterrichts auf volkstümlicher Grundlage hat erst Kaiser Wilhelm II. hingewiesen. Dieser Gedanke soll jetzt im Sinne der Revolution ausgebogen werden.

Abg. Luppe (D.D.P.): Das Kompromiß ist juristisch unklar. Der Schulkampf wird weiter gehen. Es ist ein Grundfehler des Kompromisses, daß er die konfessionelle Versöhnung nicht herbeiführt, sondern vom ersten Tag an die Konfessionen scheidet.

Frau Blos (S.): Die weltliche Schule, um die wir seit Jahrzehnten kämpfen, ist infolge des Schulkompromisses möglich geworden.

Abg. Rheinländer (Z.): Die neue Schule wird die Freude an der Arbeit wecken und pflegen. Die Kirche erhält wieder den Einfluß, der ihr von Rechts wegen gehört, soweit er sich mit dem neuen Geist verträgt.

Abg. Katzenstein (S.): Die Demokraten haben sich in den schwersten Stunden unseres Volkes der politischen Verantwortung entzogen. Das ist zwar für die Demokraten bequem, sollte sie aber von Vorwürfen gegen uns zurückhalten. Wir wollen keinen neuen Kulturkampf, schon mit Rücksicht auf die Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterbewegung, um sie stark zu machen im Kampf für einen höheren sozialen Organismus. Der Kampf der Geister geht weiter.

Abg. Haase (U.S.P.): Die Herren Mehrheitssozialisten gehen vom Erfurter Programm ein Stück nach dem anderen preis. Dieses Kompromiß bedeutet eine glatte Unterwerfung unter das Zentrum.

Abg. Weiß (D.D.P.): Sie (zu den Sozialdemokraten) haben das Kompromiß wieder fallen gelassen, das im Ausschuß unter Mitwirkung sämtlicher Parteien zustande gekommen war, weil eine andere Parteigruppierung eingetreten war und das Zentrum die Situation ausnützte, um noch mehr Zugeständnisse für sich herauszuholen. Bei der Stellung, die wir zur Friedensfrage einnehmen, konnten wir nicht in der Regierung bleiben.

Artikel 139 „Freiheit und Kunst Wissenschaft und Lehre", Artikel 140 „Höhere Bildungsanstalten", 141 „Staatsaufsicht", 142 „allgemeine Schulpflicht", werden angenommen mit der Hinzufügung, daß nicht nur in der Volksschule, sondern auch in den Fortbildungsschulen Unterricht und Lehrmittel unentgeltlich sind.

Die Artikel 143 bis 146 werden in der Fassung des Kompromisses nach dem Antrag Löbe-Gröber gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien, der Demokraten und der Unabhängigen angenommen.

Nächste Sitzung Samstag 9.30 Uhr.

Neues vom Tage.

Die Stellvertretung des Kaisers abgelehnt.

Berlin, 19. Juli. Die Londoner „Daily Mail" meldet, der Oberste Rat der Friedenskonferenz habe das Verlangen des Feldmarschalls Hindenburg und Bethmann Hollwegs für den Kaiser einzutreten, abgelehnt.

Die Vermögensabgabe.

Berlin, 19. Juli. Neuerdings sollen Zweifel aufgetaucht sein, ob die große Vermögensabgabe die erhofften 90 Milliarden aufzubringen imstande sei. In Kreisen von Fachleuten des Steuerwesens wird kaum mit der Hälfte dieser Summe als Ertrag gerechnet.

Arbeiter für die Wiederherstellung.

Berlin, 19. Juli. Die „D. Allg. Ztg." schreibt, für die Wiederherstellungsarbeiten in Frankreich dürften etwa 150 000 Mann in Frage kommen. Es werde Vorsorge getragen, daß die Arbeiter angemessen untergebracht werden und persönlichen Schutz genießen. Die Arbeitsbedingungen sollen günstig sein.

Die Pensionen der Reichsbeamten.

Berlin, 19. Juli. Nach dem der Nationalversammlung zugegangenen Gesetzentwurf wegen der Erhöhung von Pensionen von Reichsbeamten werden die Pensionen derjenigen Beamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder bis zum 31. März 1920 vollenden und bis dahin um Versetzung in den Ruhestand nachsuchen, um 10 Prozent erhöht.

„Republik Birkenfeld".

Weimar, 19. Juli. Die Nationalversammlung erhielt von der „vorläufigen Regierung der Republik Birkenfeld" die telegraphische Mitteilung, daß das ehemalige Fürstentum Birkenfeld sich von Oldenburg losgelöst und eine freie Republik im Verband des Deutschen Reichs gebildet habe.

Sachsen lehnt die Steuerreform ab.

Dresden, 19. Juli. Das Gesamtministerium hatte gestern nachmittag die Führer der Fraktionen der Volkskammer und Vertreter der Städte und Gemeinden des Landes zu einer gemeinsamen Aussprache geladen, um die Stellungnahme des Freistaats Sachsen zu den neuen Steuerplänen des Reichsfinanzministeriums zu beraten. Nach eingehenden Darlegungen des Finanzministers war man einmütig der Ueberzeugung, daß die vollständige Uebernahme der Einkommensteuer durch das Reich mit Gaben an die Einzelstaaten und Gemeinden, sowie andererseits die Aufhebung der Landesfinanzverwaltung schädlich wirken müsse und daher abzulehnen sei.

Trennung von Kirche und Schule.

Braunschweig, 19. Juli. In der braunschweigischen Landesversammlung wurde mit 39 gegen 30 Stimmen die völlige Trennung von Kirche und Schule beschlossen. Ein Antrag auf Ausschaltung des Religionsunterrichts in den Schulen des Freistaats Braunschweig wurde mit den Stimmen der sozialdemokratischen Parteien gleichfalls angenommen.

Neues Bistum?

Saarbrücken, 19. Juli. Die „Saarzeitung" meldet, daß in dem neuen Saargebiet mit Einwilligung des Bischofs Korum von Trier ein neuer Bischofsitz in Saarlouis errichtet werde.

Berichtigung.

Berlin, 19. Juli. Die „D. Allg. Ztg." erklärt, die Behauptungen Harmsworths im englischen Unterhaus, die deutsche Regierung bemühe sich, in diplomatische und Handelsbeziehungen zum bolschewistischen Rußland zu kommen, entbehren jeder Grundlage.

Das versenkte Dock.

Danzig, 19. Juli. Auf die Nachricht, daß eines der Danziger Schiffsdocks nach Stettin verkauft sei und dorthin übergeführt werden solle, öffneten die Werftarbeiter die Ventile des Docks und versenkten es.

Der deutsche Besitz in Belgien.

Amsterdam, 19. Juli. Laut „Telegraaf" hat der belgische Sozialistenführer und Minister van der Velde auf eine Anfrage des Brüsseler „Soir", was mit dem Eigentum der Deutschen in Belgien geschehen solle, wenn der Friede ratifiziert sei, erwidert, daß der deutsche Großbesitz, wie z. B. die riesigen Wälder von Ahrenberg, an den Besitz des belgischen Staates übergehen. Das kleinere Eigentum werde seinen deutschen Besitzern zurückgegeben werden.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 18. Juli. (Reuter.) Halbamtlich verlautet, daß Frhr. von Lersner zum deutschen Geschäftsträger in Frankreich ermächtigt worden ist. An hiesiger amtlicher Stelle ist hierüber aber nichts bekannt.

Paris, 19. Juli. Ein Artikel von Saint Brice im „Journal" beklagt es, daß Tittoni jetzt die Friedenskonferenz vollkommen beherrsche. Er habe alle Bestimmungen über die bereits festgelegten Grenzlinien auf dem Balkan wieder umgeworfen und verlange, daß Griechenland und Italien durch Nord-Epirus ebenso getrennt würden wie Südslawien und Italien durch den Bezirk von Fiume.

Die griechische Abordnung bestreitet, daß ein neuer Balkanbund zwischen Griechenland, Serbien und Bulgarien gegründet werde. Von den Balkanvölkern können sich nur Griechen, Rumänen und Jugoslawen verbinden, aber niemals die Bulgaren.

Die Kohlenpreiserhöhung in England.

London, 19. Juli. (Unterhaus. Reuter.) Bonar Law machte von der neuen Weigerung des Bergarbeiterverbands, das Angebot der Regierung anzunehmen, Mitteilung. Er erklärte, die Erhöhung des Kohlenpreises um 6 Schillinge werde am 21. Juli in Kraft treten. Die Regierung schließe die Möglichkeit weiterer Verhandlungen nicht aus. Dies ändere jedoch an der Tatsache nichts, daß jede Verzögerung der Gleichstellung des Kohlenpreises mit den Erzeugungskosten verhängnisvoll sein werde.

Wieder ein Kabinett Maura.

Madrid, 19. Juli. (Reuter.) Der König hat Maura aufs neue mit der Bildung eines konservativen Konzentrationskabinetts beauftragt.

Kämpfe in Marokko.

Tanger, 19. Juli. Die Kabylen unter Raisuli haben sich erhoben. Dem Ruf zum Kampfe leisten die Eingeborenen überall Folge. Raisuli soll über gut ausgebildete und bewaffnete Truppen verfügen. Die spanischen Truppen sind in heftige Kämpfe im Bezirk Wadras (südlich von Tanger) verwickelt. Die spanische Regierung hat schleunigst Verstärkungen nach Afrika abgesandt.

Der Kundgebungsstreik.

Amsterdam, 18. Juli. Laut „Telegraaf" wird die niederländische Gewerkschaftsvereinigung an dem geplanten Streik am 21. Juli sich nicht beteiligen.

Arbeiter nach Frankreich.

Berlin, 18. Juli. Der „Vorwärts" teilt mit, die Reichsregierung verhandle schon seit einigen Monaten mit den Arbeiterorganisationen, um die erforderliche Arbeiterzahl für die Wiederherstellung in Frankreich im Wege des freien Arbeits- und Tarifvertrags zu gewinnen. Die Regierung denke nicht daran, den Arbeitszwang einzuführen.

Die Entschädigung.

Berlin, 18. Juli. Nach der „B. Z." wird die Regierung der Zahlung einer Entschädigung an die Familie des Sergeanten Mannheim zustimmen, aber die geforderte Strafe von einer Million Franken ablehnen, da ein Verschulden der Stadt Berlin nicht vorliege.

Einziehung des fürstlichen Fideikommisses in Lippe.

Detmold, 18. Juli. Der Landtag des Freistaats Lippe-Detmold genehmigte das Gesetz über die Verstaatlichung des gesamten Fideikommisses ohne jede Abfindung des fürstlichen Hauses.

Deutsche Einheitsdampfer.

Kiel, 18. Juli. In der Reichswerft in Kiel werden in nächster Zeit die ersten drei Einheitsdampfer auf Stapel gelegt werden. Als Baustätte wird das Riesenschwimmdock der Werft mit 50 000 Tonnen Tragfähigkeit benutzt werden. Die Schiffe sind für Hamburger Rechnung bestellt.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 18. Juli. Der Washingtoner Berichterstatter des „Temps" meldet, Senator Borah habe im Senat erklärt, wenn England und Frankreich ihr Wort, die Unantastbarkeit des chinesischen Gebiets zu achten, brechen wollten, so werden die Vereinigten Staaten dies nicht mitmachen. Es sei für niemand ein Geheimnis, daß die Klausel über Shantung sowohl von Wilson

---

Landrichter Lange.

Roman von Maria Lenzen, geb. di Sebregondi.

Nachdruck verboten

„Er ist ein Schneider, Herr, und die sind manchmal blutdürstig."

„Aber, Bader Jans, das ist doch eine wunderliche Behauptung."

„Verlaßt Euch darauf, was Bader Jans sagt. Ich habe da einen gekannt, einen ganz kleinen verkrüppelten Schneider, der hatte eine große, schöne Frau. Wie es zu ihr gekommen war, das begriff niemand. Je mehr er sich in die Finger stak, um so böser wurde er, und dann zwang er die Frau, an die Tafel zu treten, auf der er saß, und schlug sie blutig mit der Elle. Und denkt auch an Jan van Leiden, Herr Franz. Nein, ich halte nichts von den Schneidern."

„Ihr habt freilich traurige Erfahrungen mit ihnen gemacht, Hollmann. Aber hoffen wir, daß eure Tochter sich bald erholt, und daß Euer Schwiegersohn sich bessert."

„Das tut er sein Lebtag nicht. Hätte ihm doch der Herr Richter nicht soviel Geld für den dummen Brief gegeben. Damit hat er sich betrunken. Mir kommt er nicht mehr in das Haus, das sage ich!" — —

Tödlich war die Verwundung, die die Unglückliche erlitten hatte, nicht. Doch hatte sie ein langes, schmerzvolles Krankenlager zur Folge. Daß Dina endlich genas und allmählich wieder zu Kräften kam, das verdankte sie außer ihrem kerngesunden Körper hauptsächlich den Wohltaten, die ihre frühere Dienstherrschaft, das Lohfeldsche Ehepaar, und die Richterin ihr unermüdlich erwiesen.

An einem schönen Abend des Spätsommers saß die Genesende neben ihrer Haustür auf der Bank. Sie hielt ihren mit einer hübschen Kinderrassel spielenden Knaben auf dem Schoße und überließ sich dem träumerischen Behagen, welches der Genuß der freien Luft dem der Stubenluft Entronnenen, zu Leben und Kraft Zurückkehrenden gewährt. Das Kind hob seine Rassel gegen sie auf und krähte den Vögeln lustig entgegen, die dicht bei der Bank hin- und herflogen und Dina, aus ihrem Sinnen erwachend, lachte und freute sich mit dem Knaben über die Vögel.

„So, so," sagte Bader Jans, aus der Tür herbeihumpelnd und sich neben ihr niederlassend, „nu hör ick di doch eens weer lachen. Det is recht. Ne weinerliche Moder meckt störrige Kinner."

„Dat Truren helpt nich, Bader; un wenn hei nich weerkömmt, bin ick tefriedden. Ick bün nu bald weer so stark, dat ick arbeiden kann, un ick will so flietig sien, dat et an nicks fehlen sall."

„Schön, schön, et sall woll gut gohn, un an Arbeid sallt nie fehlen. Et durt nich lange mehr, bis dat se Hochried maken, ick weet blot noch nich, of Landrichters jungen Heern oder of Landrichters Mamsellken erst trauen söllt."

„Wat i nich seggt, Bader!"

„Verloot di man drup, do is wat in de Werke. Se treckt so hen un wier, Landrichters no Kellinghorst un de Kellinghörster no Stolteneck, un dat geht nich üm dowe Nütte."

„Doch, Bader, de Kellinghörster is jo en Baron, un de Landrichter, wennt ok en vürnehmen Menschen is, is doch en Börgerlichen."

„Nu nich mehr. Sedert enige Tied nönnt hei sick van."

„Jo dann, dann könnt i recht hewwen. Nu, gewe unse leiwe Heer, dat alles gud geht! Alleene üm de Richtersche verdeint ihre Kinner Glück un Segen."

„Jo; süh, un do kömmt den ollen Lohfeld; dat is ok en braven Mann. — Guden Owend, Herr Sekretarius," rief Jans dem um die nächste Ecke her auf ihn zukommenden Lohfeld entgegen.

„Guden Owend," versetzte Lohfeld. „Wu geiht et, Dina? — Ick wollt di seggen, dat Karl Weber in de Nähe van Villerbeck seihn is; meer is hei weer verschwunnen un sall sick wahren, dat sie em nich kriegen."

„Dat will ick hoppen", sagte Dina. „Ick verlange nich, dat hei stroft wird; ick bün froh, wann ick necks von em höre un seihe, un ick schreck, wann van em sproken wörd."

„Darüm hewwe ick dor ok nicks van saggt. Wi vant Gericht hewwent all lange wußt, mer wi wöllent still hollen. Do is nu awer mine Fru op ne Koffeevisitte bi de Monfreersche west, un do heff de Fru Assessersche et vertellt."

Die „Monfreersche" war die Frau des Sohnes des verstorbenen Bürgermeisters von Dietenbrück, der von seinen etwas vornehm tuenden Schwestern, ob sie nun mit ihm oder von ihm sprachen, nie anders als „mon frere" genannt wurde. Daher nannte ihn nach und nach die ganze Bürgerschaft „mon frere" und seine Frau die „Monfreersche". Der wirkliche Name der guten Leute war halb vergessen.

„Jo," bemerkte Dina, „de Monfreersche is en still Mensch, mer op ehre Koffeevisiten wörd vel pludert. Wenn unse Madam van do no Hus kam, hadde se alderhand Nigges hört. Of se dar ok wat van den jungen Heer un van Mamsel Lieseken van den Stolteneck vertellt hewwen mögt?"

„Dat weet ick nich. Meer, wat ick ju frogen wull, Jans: hewwe ju nicks van den Breef vernommen, de den Schwerenäter van Snieder mi för unsen Heer Landrichter brocht heww?"

„Nicks, Herr Lohfeld."

„Dann möt ick mich bi den jungen Heer darne erkundigen. Nu gude Nacht, Hollmann. Un dat ick et nich vergett, mine Fru wull gern Holt klein makt hewwen, un Dina söll ok eens mit den Kleinen kommen. Un nu slopt woll!" — —

Lohfeld kam fürs erste nicht dazu, eine Frage nach dem böhmischen Briefe an Franz von Lange zu richten. Denn obgleich dieser unverändert freundlich und herzlich gegen den alten Herrn blieb, war er doch jetzt immer so eilig und zerstreut, daß, wie Lohfeld sich gegen seine Frau äußerte, kein Mensch dazu kam, ein vernünftiges Wort mit ihm zu reden.

„Sobald er aber zu Verstande kommt, frage ich ihn doch nach der dicken Epistel. Ich erführe gern etwas Näheres darüber. Mit dem Landrichter kann man aber nur noch das Nötigste sprechen. Assessor Hellrath hat auch gesagt: „Herr von Lange — ehem — nimmt vornehmere Manieren an als der Herr Senatspräsident selbst!"

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

als auch von England und Frankreich gegen das Versprechen Japans, Shantung an China zurückzugeben, angenommen worden sei. Es gehe das Gerücht, daß das Staatsamt sich baldigst darüber äußern werde.

Nach Blättermeldungen sind einzelne Ausschüsse der Friedenskonferenz nicht arbeitsfähig, weil Präsident Wilson vor seiner Abreise die amerikanischen Vertreter angewiesen habe, die Sitze in den Ausschüssen, auf die Amerika Anspruch habe, frei zu lassen, bis der amerikanische Senat den Friedensvertrag ratifiziert habe. Wilson vertrete den Standpunkt, daß jeder Vorbehalt, den der Senat mache, einer Ablehnung des Friedensvertrags gleichkomme.

Nach der „Chicago Tribune" leitet den Ausschuß für die Volksabstimmung in Schleswig ein Engländer und den Ausschuß für Oberschlesien ein Franzose.

Der Verband hat beschlossen, daß die neuen Staaten die Summe von 1½ Milliarden in Goldfranken als Anteil an den Unkosten für ihre Befreiung zu bezahlen haben. Hiervon entfallen auf Polen 250 Millionen Franken.

Versailles, 18. Juli. Der erste Vertreter Japans auf der Friedenskonferenz, Marquis Sainoji, ist aus Paris abgereist.

Deutschland und Rußland.

London, 17. Juli. (Reuter.) Auf eine Anfrage erklärte Harmsworth, er glaube, daß die deutsche Regierung sich bemühe, diplomatische Beziehungen mit der russischen Sovjetregierung anzuknüpfen und daß eine deutsche industrielle und kommerzielle Kommission Sovjet-Rußland besucht habe oder im Begriffe sei, es zu tun. Die Friedenskonferenz widme dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit.

Kabinettsänderung in England.

London, 18. Juli. Bonar Law teilte dem Unterhaus mit, daß eine Aenderung der Zusammensetzung des Kabinetts beabsichtigt sei.

Weltstreik.

Newyork, 18. Juli. Die „Newyork Tribune" meldet, man habe entdeckt, daß Verhandlungen mit der Sovjetregierung in Rußland im Gange seien, am 1. September in sämtlichen Häfen der Welt einen Streik hervorzurufen und die ganze Schiffahrt lahmzulegen.

Der Krieg im Osten.

London, 18. Juli. „Daily Mail" meldet aus Tokio: Vier Jahresklassen sind zum 25. Juli einberufen, um an der sibirischen Front gegen Rußland Verwendung zu finden.

Deutsche Nationalversammlung

Weimar, 18. Juli.

Anfragen.

Abg. Hampe (D.natl.Vp.) fragt, was die Reichsregierung zu tun gedenke um dem immer mehr um sich greifenden Glücksspiel auch da nachdrücklich entgegenzutreten, wo die bestehenden Strafgesetze versagen.

Unterstaatssekretär Delbrück: Da wo die Strafgesetze nicht zureichen, wird eine entsprechende Ergänzung bei der Staatsrechtsreform erwogen.

Abg. Dr. Obersohren (D.natl.Vp.) fragt, was die Regierung getan habe, um der planmäßigen Verhetzung des Soldatenbunds, gerichtet auf die innere Zermürbung der Freiwilligenregimenter entgegenzuwirken.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erwidert, daß dagegen eine Aufklärung der Truppen organisiert sei, ferner auch Schutz- und Fürsorgemaßnahmen für die Mannschaften und gesetzliche Fürsorgemaßnahmen für entlassene Freiwillige eingeleitet seien. auch Aufrufe gegen die Verhetzung erlassen werden.

Abg. Dr. Mittelmann (D.V.) fragt wegen des Vorgangs in der Nacht vom 10. Juli in Berlin an wo französische Soldaten die Menge durch verächtliches Gelächter und Verhöhnung gereizt haben und schließlich zu ihrer eigenen Sicherheit in Schutzhaft genommen werden mußten.

Geh. Rat Freiherr von Welser antwortet, daß die von der preußischen Regierung veranstalteten eingehenden Erhebungen noch nicht abgeschlossen sind.

Bei den Interepellationen Heintze (D.V.) und Arnstadt (D.natl.Vp.) wegen des Landarbeiterstreiks erregt der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums Dr. Levy den lärmenden Unwillen der Versammlung durch die anmaßende Haltung in der er die Auskunft zu erteilen sich anschickt.

Die Interpellationen werden demnächst beantwortet werden.

Das Schulkompromiß.

Das Haus setzt die Beratung des Verfassungsentwurfs bei dem Abschnitt Bildung und Schule fort, zum dem der Schulkompromiß als Antrag Löbe-Gröber und Gen. vorliegt.

Reichsminister Dr. David: Mit der Vereinbarung wird sich die Regierung einverstanden erklären. Die Vereinbarung gibt den Nächstbeteiligten, den Eltern, die Entscheidung. Der Kampf verschwindet damit nicht aus der Allgemeinheit des Volks, sondern wird in die Gemeinden verlegt. Der Kampf wird weitergehen, denn er kann ohne Zwang nicht beendigt werden. Wir wollen aber nur einen rein geistigen Kampf. Die Wissenschaft die Philosophie und die Theologie sollen den Kampf ausfechten.

Abg. Seyfert (D.d.P.): Der Staat leiht seinen Zwang keinem von beiden und das ist ein bedeutender Fortschritt.

Abg. Schulz-Ostpreußen (S.): Wir Sozialdemokraten sind von jeher Befürworter der Reichsschulgesetzgebung gewesen, haben aber bisher allein gestanden. Wir haben keine Veranlassung, uns über das Schulkompromiß zu freuen. Der Grundsatz des Kompromisses ist Freiheit im Denken und in der Weltanschauung. Für uns Sozialdemokraten kommen für die Schulfrage drei wichtige Grundsätze in Frage, die Weltlichkeit, die Einheitlichkeit und vor allen Dingen die Einbeziehung der Arbeit in den Plan und Geist der Erziehung. Wir haben sie nicht restlos durchsehen können, aber wir sind schon damit zufrieden daß wenigstens das Prinzip festgelegt worden ist.

Abg. Gröber (Z.): Wir haben uns im Ausschuß einmütig für die soziale Einheitsschule ausgesprochen. Bezüglich des Religionsunterrichts ist es schon im Ausschuß gelungen, eine Lösung zu finden. Die zwei übrigen Hauptfragen dagegen sind erst durch das Kompromiß einer Lösung entgegengeführt worden, der wir zuzustimmen in der Lage sind. Möge es uns gelingen, die Schule auf die Höhe zu bringen, die die Grundlage für die Wiedergeburt des deutschen Volks sein muß.

Abg. Seyfert (D.d.P.): Unsere Jugenderziehung mag die Stärkung der sozialen und der Staatsgesinnung bezwecken. Die Standesschule, die ungerecht und unwahrhaftig gewesen ist, muß fallen und auch für den armen Tüchtigen die Bahn frei werden. Wir treten dafür ein, den Volksschullehrern den Weg zur höheren Bildung frei zu machen. Das Schulkompromiß hat zu unserem größten Bedauern die Aufrichtung der staatlichen Gemeinschaftsschulen gehindert. Wir lehnen, die Verantwortung für das Ergebnis ab und betonen daß wir unsere Ausscheidung als schmerzlich empfunden haben. (Zuruf bei den Soz.: Nicht unsere Schuld!)

Abg. Traub (D.natl.Vp.): Wir sind der alten Schule dankbar für den Geist, in dem sie uns erzogen hat. Belasten wir die Schule nicht mit zu viel Aufgaben. Das Kompromiß ist unnatürlich, es bedeutet die Zertrümmerung des einheitlichen nationalen Schulwesens.

Abg. Irl (Z.): Die Verfassung sieht die 8jährige Schulpflicht vor. In dieser Hinsicht werden Erleichterungen bezw. Uebergangsvorschriften zu treffen sein. Auch die Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichts bis zum 18. Jahre ist nicht notwendig.

Unterstaatssekretär Schulz: Fortbildungspflicht muß, wenn natürlich auch in aller Schonung durchgeführt werden. Eine staatliche Einheitsschule werden wir nicht haben, solange der Charakter des gesamten Reichs nicht einheitlich ist. Was wir erstreben, ist eine Verbindung zwischen Schule und Elternhaus. — Um 1.30 Uhr wird die Weiterberatung auf 3.30 Uhr vertagt.

Württembergischer Landtag.

(-) Stuttgart, 17. Juli.

Präsident Keil eröffnet die 41. Sitzung um 9.15 Uhr.

Nach einigen Anfragen geht man zur Beratung des Etats des Innern über.

Berichterstatter Abg. Scheef (D.d.P.) betont, der Minister werde aus den Besprechungen mit den Fraktionsvertretern den Schluß gezogen haben, daß der angekündigte Entwurf wegen Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher im Hause keine freundliche Aufnahme finden würde.

Abg. Pflüger (S.) regt eine Neuordnung der Diäten der Gemeinderäte an und eine Aenderung der Eidesformel für Gemeinderäte, die den vorgeschriebenen Eid nicht leisten wollen.

Minister Dr. Lindemann: Mit den Taggeldsätzen der Gemeinderäte werde im allgemeinen auszukommen sein. Eine neue Vereidigungsformel sei bereits ausgearbeitet. Im allgemeinen könne für die Oberamtleute in Anspruch genommen werden, daß sie ihr außerordentlich schwieriges Amt mit Verständnis und großer Pflichttreue geführt haben, sie befinden sich zwischen zwei Mahlsteinen, den Konsumenten und den Produzenten. Seit der Revolution habe in weiten Kreisen der Sinn für Gesetz und Ordnung außerordentlich abgenommen. Es sei allmählich ein Geist des Faustrechts vorhanden. (Abg. Graf: Das schlechte Beispiel von oben!)

Abg. Kittler (S.): Die Gemeindevertreter werden um ein Drittel niederer entlohnt als die Arbeitslosen.

Abg. Wurm (B.P.) weist auf die Ueberlastung der Oberamtleute hin, insbesondere durch die am Sonntag stattfindenden Ortsvorsteherwahlen. Es sollte darauf geachtet werden, daß ihnen nicht Woche für Woche auch noch der Sonntag genommen wird.

Abg. Schmid-Neresheim (Z.) fragt nach den Kosten der Landeswasserversorgung. Auf die Gemeinden dürfe kein Zwang zum Anschluß ausgeübt werden.

Ministerialrat Dr. Michel: Die Erfahrungen mit der Landeswasserversorgung seien befriedigend. Die Gründung eines Gemeindeverbands könne erst auf Antrag der Gemeinden erfolgen. Die auf etwa 15 Millionen Mark geschätzten Baukosten seien infolge der Ueberteuerung auf rund 23 Millionen Mark gestiegen.

Abg. Graf (Z.) bezeichnet die Zusammenarbeit zwischen Landjägerkorps und Landespolizeiamt als nicht ersprießlich.

Abg. Nesper (S.) begründet seinen Antrag: das Staatsministerium zu ersuchen: 1. der Ausbildung des Pflegepersonals der Irrenanstalt die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden; 2. zu erwägen, einen Teil des männlichen Pflegepersonals in den Männerabteilungen der Irrenanstalten durch Pflegerinnen zu ersetzen.

Abg. Beuhert (B.P.): Das weibliche Personal sollte nur bei leichten Krankheitsfällen verwendet werden. Es besteht kein Grund, das männliche Personal durch weibliches zu ersetzen.

Abg. Dr. Etter (D.d.P.): Von einem Ersatz des männlichen Personals könne nicht gesprochen werden, nur von einer Zuziehung weiblichen Personals in geeigneten Fällen.

Abg. Wurm (B.P.): Mit der Pflege männlicher Kranken durch Frauen habe man gute Beobachtungen gemacht. Die Frau habe mehr Geduld und Nachsicht.

Minister Dr. Lindemann: Die Regierung sei bereit, die Zuziehung weiblichen Personals in Erwägung zu ziehen.

Der Ausschußantrag (Nesper) wird angenommen.

Abg. Bruckmann (D.d.V.): Durch den vom Landtag neulich angenommenen Antrag sei die im Friedensvertrag ursprünglich vorgesehene Baupflicht bezüglich des Neckarkanals nach den Plänen der Alliierten gestrichen worden. Die Regierung möge die Schaffung der Stelle eines technischen Referenten erwägen.

Abg. Herbst (B.P.) äußert Besorgnisse über die wirtschaftliche Zukunft von Ulm angesichts des Verlusts der Garnison. Der Stadt sollte eine Konzession zum Ausbau der Illerkraftwerke gegeben werden.

Abg. Sommer (Z.) tritt für den Ausbau der Illerwasserkräfte durch die oberschwäbische Ueberlandzentrale ein.

Minister Dr. Lindemann: In der Wasserstraßenfrage werde Württemberg immer mehr vom Reich abhängig. Die Strecke Mannheim—Heilbronn werde in den Besitz des Reichs übergehen. Ohne Zustimmung des Reichs könne die Strecke von Heilbronn auswärts ebenfalls nicht gebaut werden. Das Reichs-Elektrizitäts-Sozialisierungs-Gesetz greife auch in unsere Bewegungsfreiheit außerordentlich ein. Die Regierung wolle nicht die planmäßige Zusammenfassung und einheitliche Verwendung der Illerwasserkräfte aus der Hand geben. Die Wasserkräfte seien für den Bedarf Ulms nicht notwendig; die Regierung werde der Stadt Ulm die nötige elektrische Kraft zu möglichst günstigen Bedingungen geben.

Nächste Sitzung: Freitag 9 Uhr.

Württemberg.

(-) **Stuttgart**, 18. Juli. (Gassperre.) Von Sonntag nachmittag 2 Uhr bis Montag früh 6 Uhr wird die Gasleitung wieder gesperrt sein. Am Sonntag wird von 11 bis 1 Uhr mittags Gas abgegeben.

(-) **Stuttgart**, 18. Juli. (Kohlennot.) Abg. Bayer teilte im Landtag mit, daß in Stuttgart die Belieferung für den Winter höchstens mit 45 Prozent des Hausbrands möglich sei. Für die deutsche Industrie werden 2,3 Mill. Tonnen übrig bleiben, während der Bedarf 66 Millionen betrage.

(-) **Vom Oberland**, 18. Juli. (Die Klagen der Müller.) Am vorigen Sonntag fand in Biberach eine Versammlung der Mühlebesitzer aus den Oberämter Biberach, Ehingen, Laupheim und Waldsee statt. Verbandsekretär Landtagsabg. Hiller-Stuttgart berichtete über die Ausschußsitzung des württ.-hohenzoll. Müllerbandes in Stuttgart und es wurde der Beschluß gefaßt, eine mäßige Mahllohn-Erhöhung allgemein zu fordern. Weiter wurden aus der Mitte der Versammlung Klagen laut über die Mühlenkontrolle. Landtagsabg. Graf versprach, beim Ernährungsministerium Abhilfe zu verlangen. Am Ende der Versammlung wurde einstimmig beschlossen, sich der Eingabe der Landwirte an das Ernährungsministerium anzuschließen, die Mühlenkontrolle im neuen Wirtschaftsjahr endgültig ab-

---

Baden.

(-) **Karlsruhe**, 19. Juli. Der Landtag wird voraussichtlich am nächsten Donnerstag nachmittags einer Vorstellung des Freilichtspiel in Oetigheim beiwohnen.

(-) **Karlsruhe**, 19. Juli. Die kirchlich-liberale Vereinigung in Baden wird am 30. Juli, nachmittags 2 Uhr, hier im „Krokodil" eine Mitgliederversammlung abhalten zur Stellungnahme zu den Wahlen zur außerordentlichen Generalsynode.

(-) **Hausach**, 18. Juli. Der 22jährige Landwirtsohn Gottfried Weißer aus Brigach wurde in der Nähe des Bahnhofs von einem Zug überfahren und getötet. Es dürfte ein Unglücksfall vorliegen.

(-) **Falkau**, b. Neustadt i. Schw. 18. Juli. Beim Feueranzünden mit Petroleum entstand eine Explosion, wobei die 14jährige Tochter der Straßenwartwitwe Steuer schwere Verbrennungen erlitt. Durch die Explosion geriet das Wohnhaus in Brand und wurde in Schutt und Asche gelegt.

Aus dem Bezirk.

Wildbad, 18. Juli. (Aus der Gemeinderatssitzung vom 17. Juli.) Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden verschiedene Einläufe verlesen. U. a. lag ein Schreiben von Sr. Exzellenz v. Jobst vor, worin er aus Anlaß seines am 18. Juli stattfindenden 80. Geburtstages der Stadtgemeinde zur Verbesserung der Weganlagen im Meistern die schöne Summe von 5000 Mk. zur Verfügung stellt, die er bei Stahl u. Federer deponiert habe. Herrn Stadtvorstand Bätzner bittet den verehrl. Gemeinderat um die Ermächtigung, dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche und den Dank für die hochherzige Schenkung aussprechen zu dürfen, was einstimmig angenommen wird. — Durch eine Verfügung, die die Verbilligung der wichtigsten Lebensmittel vorsieht, ist der Verkaufspreis für das vor kurzem hier abgegebene Weizenmehl (wofür Mk. 2.20 für das Pfund bezahlt wurde) vom Kommunalverband auf 84 Pf. festgesetzt worden. Maßgebend war dieser Preis jedoch nur für diejenigen Orte, in denen das Mehl nach dem 7. Juli ausgegeben wurde. Hrn. Stadtschultheiß Bätzner wandte sich darauf an die Landesgetreidestelle, die die Rückerstattung der Differenz ablehnte. Durch wiederholte Verwendung bei der maßgebenden Stelle besteht aber die Hoffnung, daß der Mehrbetrag ersetzt wird. — Zur Tagesordnung übergehend, wird ein Gesuch des katholischen Kirchenstiftungsrats um Uebernahme der freiwilligen kath. Konfessionsschule durch die Stadt verlesen. Stadtschultheiß Bätzner beantragt, dem Gesuch zu Beginn des neuen Schuljahres zu entsprechen und fordert zur Diskussion auf. G.-R. Bechtle sagt, daß wir gegenwärtig keine Beschlüsse in dieser Frage fassen können, solange die Nationalversammlung noch nicht über das zu erwartende Reichsschulgesetz beraten habe und beantragt, das Gesuch zurückzustellen. G.-R. Bosch unterstützt den Antrag des Herrn Stadtvorstand mit der Einschaltung: „unter Vorbehalt". Bei der Abstimmung wird der Antrag Bechtle mit 6 gegen 7 Stimmen abgelehnt, der Antrag Bätzner-Bosch mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen. — Dem Gesuch der städt. Wegarbeiter um Lohnerhöhung wird dahin entsprochen, daß die verheirateten Arbeiter eine Zulage von 20 Pfg. erhalten sollen. — Ueber das Gesuch des hiesigen Fußballvereins um Ueberlassung eines Spielplatzes konnte kein definitiver Beschluß gefaßt werden, da das Abholzen des in Frage kommenden Platzes auf dem Sommerberg die Summe von 20000 Mk. erreichen würde. Stadtschultheiß Bätzner glaubt, daß die bereits früher in Betracht gezogenen Wiesen beim Windhof doch noch zu bekommen seien. — Der Bericht über die vorgenommene Prüfung der städt. Gasfabrik zeigt, daß das Werk in Ordnung und augenblicklich keine Verbesserungen nötig seien. Um jedoch die Einnahme in Einklang mit den Betriebsunkosten zu bringen, wird eine Erhöhung des Kokspreises auf 5 Mk per Ztr. und ab 1. August der Gaspreis auf 35 Pfg. pro cbm festgesetzt. — Unter Punkt 5 der Tagesordnung: Verschiedenes, werden noch einige kleinere Sachen erledigt und zwar: Die Genehmigung zur Anschaffung der bereits früher beschlossenen Feuerwehrleitern, die Festsetzung des Holzpreises für Reisprügel auf 7 Mk. — Ein Antrag Schlüter, den Schulbeginn von 8—12 Uhr und nachm. von 2 Uhr ab beim Ortsschulrat zu befürworten. — Bewilligt werden 100 Mk. zum Bau einer Kriegergedächtniskirche in Tuttlingen für die kath. Diaspora-Gemeinden, und die Baukosten für einen Staffelaufgang vom Straubenberg zur Bätznerstraße. Die Maurerarbeiten zu letzterem werden dem Maurermeister Robert Krauß, die Zimmerarbeiten dem Zimmermeister Fritz Kuch übertragen. Schluß der Sitzung 9 Uhr. Anwesend waren 13 Gemeinderäte.

Wildbad. Trotzdem die Höhere Reform-Lehranstalt erst wenige Wochen in Wildbad weilt, hat sie doch bereits den Beweis für ihre erfolgreiche Tätigkeit erbracht. In dieser kurzen Zeit bestanden bereits drei Schüler die Einjährigen-, einer die Primareife-, einer die Oberprima- und eine Schülerin die Abiturientenprüfung.

Wildbad. (Landeskurtheater.) Dienstag wird die erfolgreiche Komödie „Am Teetisch" von Karl Sloboda gegeben. — Für Mittwoch „Csardasfürstin" wurde das beliebte Mitglied des Landestheater Karlsruhe Elisabeth Friedrich als Gast gewonnen. Da Frl. Friedrich als hervorragende Vertreterin der „Csardasfürstin" bekannt ist, darf diesem Operettenabend mit Interesse entgegengesehen werden, zumal die übrigen Partien bei Else Simon, Hellmut Felsner und Otto Krauß in den besten Händen liegen.

Briefkasten.

Pol. Wäschetag-Kritiker. Anonyme Einsendungen können prinzipiell nicht aufgenommen werden. Geben Sie uns Ihren Namen an.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Oberamt Neuenbürg.

Süßwasserfische.

Die Fleischversorgungsstelle hat durch Verfügung vom 3. Juli 1919 (Staatsanzeiger Nr. 148) folgende **Höchstpreise** für Süßwasserfische festgesetzt:

	Fischerpreis für 1 Pfund	Großhandelspreis für 1 Pfund	Kleinhandelspreis für 1 Pfund
Blaufelchen ausgeweidet	2.80	3.50	4.—
die übrigen Felchenarten ausgeweidet	2.40	3.20	3.60
Aeschen	2.80	3.50	4.—
Aale über 1 Pfund	2.40	3.—	3.50
Aale unter 1 Pfund	1.50	2.—	2.50
Hechte, Weller, Treischen	2.—	2.50	3.—
Barsche über ¼ Pfund	1.30	1.80	2.10
Barsche unter ¼ Pfund	—.50	—.75	1.—
Barben	1.50	1.70	2.05
Karpfen	1.50	2.30	2.80
Schleien	2.—	2.50	3.—
Brachsen, Alet (Schuppfisch)			
Orfen (Aerfling), Nase (Weißfisch), je nach Größe über 1 Pfund	—.80	1.30	1.50
zwischen ½ Pfund und 1 Pfund	—.60	—.90	1.10
unter ½ Pfund (Rest)	—.40	—.70	—.90
Zander	2.30	2.80	3.30

Die Ueberschreitung dieser Höchstpreise ist strafbar.

Den 11. Juli 1919.

J. V. Rilling, Reg.-Ass

Veröffentlicht.
Wildbad, den 18. Juli 1919.
Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Oberamt Neuenbürg.

Betr. die Rohfettablieferung aus Rindvieh- und Schafschlachtungen gemäß der Bundesratsverordnung vom 16. 3. 16.

Wie festgestellt worden ist, besteht in einzelnen Gemeinden die Meinung, daß infolge der politischen Umwälzungen der Rohfettablieferungszwang aus den Rindvieh- und Schafschlachtungen aufgehoben sei.

Diese Ansicht ist durchaus falsch. Nach dem Gesetz der Nationalversammlung vom 4 März 1919 bleiben sämtliche Bundesratsverordnungen in Kraft, soweit sie nicht ausdrücklich aufgehoben werden. — Die Bundesratsverordnung vom 16. März 1916, auf welcher der Rohfettablieferungszwang aufgebaut ist, ist aber noch nicht beseitigt.

Daher muß auch das **Rohfett aus Rindvieh- und Schafschlachtungen restlos an die zuständige Schmelze** zur Ablieferung kommen.

Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, versündigt sich aufs Schwerste gegen die Gesamtbevölkerung Deutschlands da nur bei regelmäßiger Rohfettablieferung die Margarineversorgung aufrecht erhalten werden kann.

Aus diesem Grunde muß gegen alle diejenigen, welche gegen die obengenannte Rohfettverordnung verstoßen, mit den strafrechtlichen Mitteln vorgegangen werden. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß nach § 11 der eingangsbenannten Verordnung gewerbliche Betriebe, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der ihnen hienach obliegenden Pflichten unzuverlässig zeigen, geschlossen werden können.

Den 14. Juli 1919. J. V. Rilling, Reg.-Ass

Veröffentlicht:
Wildbad, den 18. Juli 1919.
Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Wildbad.

Versteigerung.

Die Nachlaßfahrnis der am 5. April 1919 in Wildbad † Malers-Witwe, **Wilhelmine Wildbrett**, geborene Brachhold, bestehend in:

Betten, Roßhaarmatratzen, Plüschdecken, Wolldecken, Bettvorlagen, Waschkommode, Kleiderkästen, 2 Sofa, Stühle, Tische, Nachttischchen, 1 Regulator, Sessel, Porzellan, Messer, Gabeln, Eß- und Kaffeelöffel, 1 Gaslampe, Schirme, Frauenkleider Vorhänge, Küchengeschirr und sonstigem Hausrat kommt am

Dienstag, den 22. Juli 1919,
vormittags von 8½ Uhr an

im Koch'schen Hause bei der Turnhalle gegen Barzahlung zur öffentlichen Versteigerung.

Die Gegenstände sind gut erhalten.

Den 15. Juli 1919. **Der Nachlaßverwalter:** Chr. Brachhold.

Große Auswahl in guten

Konserven-Gläser

— wie —

Kieffer usw.

Kieffer-Einkoch-Apparate

sowie alle Zubehörteile empfiehlt

Rob. Treiber
Wildbad.

Freiw. Feuerwehr
Wildbad.

Unser langj. Kassier

Hr. Ludw. Luz,
Malermeister

ist gestorben und findet die Beerdigung am **Dienstag nachm. 2 Uhr** statt.

Antreten um ½2 Uhr vor dem Rathaus, wobei zahlreiche Beteiligung erwünscht

Das Kommando.

Liederkranz
Wildbad.

Heute abend ½9 Uhr, Probe im Lokal zur Beerdigung unseres Sängers und Kassiers Ludwig Luz, Malermeisters. Es ist Ehrenpflicht jedes Sängers, zu erscheinen.

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht mit, daß mein lieber Mann, unser guter, treubesorgter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Ludwig Luz, Malermeister,

am Samstag, den 19. Juli, abends ¼11 Uhr, nach kurzem, schwerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Die Gattin: Wilhelmine Luz mit Kindern Anna, Gustav, Elise, Klara, Karl.

Die Mutter: Katharine Eisele Witwe.

Beerdigung: Dienstag, den 22. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Bezirkskommando Calw.

Aufforderung.

Sämtliche aus dem Heeresdienst entlassenen Leute, welche außer dem Militärpaß noch einen Entlassungsschein im Besitz haben, werden hiemit aufgefordert, **Paß und Entlassungsschein** zwecks Vervollständigung des Entlassungs-Eintrags im Militärpaß an das Meldeamt **Neuenbürg** einzusenden. Der Militärpaß wird sofort nach Vervollständigung zurückgegeben.

Wildbader

Ansichts-Karten

in **Farben-Photografie an Wiederverkäufer,**
1000 Stück zu Mk. 60.—
hat abzugeben **A. Pirnow,**
Wilhelmstr. 32 :: am Kurplatz.

Achtung!

Grosse Geld-Lotterie

zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Ziehung den 8. und 9. August 1919.

Gewinnkapital **Mk. 125000**

1 Gewinn zu **60000**
1 Gewinn zu **20000**
1 Gewinn zu **10000** usw.

bar ohne jeden Abzug.

Lose versendet gegen Voreinsendung oder Nachnahme zum Preise von **Mk. 3.30** inkl. Porto und Liste. Nachnahme 25 Pfg. mehr.

Haupt-Lose-Vertrieb Hugo Meissner
HAMBURG 23.

Aeltere Schüler, die rascher ihr Ziel erreichen wollen,

sollten jetzt sofort bei uns angemeldet werden. Wir beseitige durch **unsern individuellen Unterricht** die vorhandenen Lücken und erzielen dadurch unsere bekannten **hervorragenden Erfolge in allen Prüfungen.** — Abteilungen: Oberrealschule, Gymnasium sowie Realgymnasium. — Auswärtige Schüler erhalten zu billigem Preise guten Mittagtisch in der Anstalt. — Beaufsichtigung der Schulaufgaben. — Man verlange Prospekt!

Höhere Reform-Lehranstalt, Wildbad, Telephon Nr. 6.

Ein Reichsadreßbuch
kauft **Reformschule Wildbad.**

Stärke-Wäsche

besorgt in normaler Lieferzeit

Großwäscherei Schorpp.

Annahmestelle:
Witwe Volz
Wildbad, Wilhelmstr. 91.

Eine schöne gute

Milchziege

sowie einen 5 Monate alten **Bock** hat zu **verkaufen.**

G. Faaß.

Kunsthaar-Haubennetze

— in allen Farben —
pro Stück **Mk. 1.80**
— bei —
Chr. Schmid & Sohn
König-Karlstr. 68.
Wildbad.

Städtisches Arbeitsamt Wildbad

Telephon-Anschluß Nr. 140.

Kostenlose Stellenvermittlung

Für sofort oder später werden **gesucht:**

a) **Männlich:**
Schneider.
Männl. Personal f. Hotel (auch Kriegs-Inv.)

b) **Weiblich:**
Office-Mädchen,
Näherin (Frau od. Frl.)
9 Zimmermädchen
6 Dienstmädchen (Jahresstellung)
6 Dienstmädchen (Saisonstellung)
7 Küchenmädchen (hoher Lohn)
3 Köchinnen
1 Kaffeeköchin
4 Beiköchinnen
5 Servierfräulein
1 Büglerin
2 Waschfrauen
1 Stundenfrau
1 Mädchen (f. Weißz.)
1 Büffetfräulein nach Pforzheim
1 Dienstmädchen nach Stuttgart
1 Kinderfräulein (d. Tag über einige Std.)

Stellen suchen:

a) **Männlich:**
Correspondent
Buchhalter,
Kaufm. Kraft,
Mechaniker,
Maler,
Fahrer,
Chauffeur (Motorschl.)

Café Bechtle · Weinstube
Wildbad.

Ia. alte und neue
Rot- und Weissweine
im Ausschank.

Gesucht für sofort oder **1. August** nach **München** bei hohen Lohn solides, tücht.

Alleinmädchen

in Küche und Hausarbeit bewandert.

Näheres **Dr. Sapper, Wildbad,** Villa Helene.

Schöne, billige
Ruhe- u. Klubsessel
Büro- u. Schreibtische
P. O. Wüstner, Stuttgart
Friedrichstraße 13.

Familie Thyst gibt am **Montag, 21. Juli** — ihre —
Abschiedsvorstellung
mit schönem **Brillant-Feuerwerk** auf dem hohen — **Matrosenseil.** —
Beginn abend ½9 Uhr.

Stadtgemeinde Wildbad.

Schöne

Brockelerbsen

sind heute auf dem Bahnhof (Rath's Remise) das Pfund zu **35 Pfg.** zu haben.

Ia. Dachpappe,
Eisenlack,
Parkettbodenwichse
Schuhcreme

empfiehlt **Fr. Krauss,**
Hauptstr. 148 :: Wildbad.

Verloren

ging am Mittwoch, in der Nähe der Milchabgabestelle

eine Kinderbrille,
mit Futteral.

Abzugeben gegen Finderlohn bei der Exped. ds. Blattes.

Ein Bund mit kleinen

Schlüsseln

ist bei mir liegen geblieben und kann gegen Einrückungsgebühren abgeholt werden.

Bott, Uhrmacher.

Calmbach.
Eine fast noch neue

Krautstande

hat zu **verkaufen**
Heinr. Hettler,
Höfenerstraße.

Fleißiges, ehrliches

Mädchen

für Haus- und Zimmerarbeit kann sofort eintreten.

Wo, sagt die Red. d. Bl.

Karnikol

das Vorbeugungsmittel gegen die Kaninchensterblichkeit.

Zu haben in der
Medizinal-Drogerie Gebr. Schmit.

Dr. Hölzles
Krampfhusten - Tropfen
sind vorrätig
in allen Apotheken

Landeskur-Theater

Heute abend

Die goldene Eva.

Lustspiel in 3 Akten.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw